

Expertisen für Demokratie

Die AfD

Partei des rechten Wutbürgertums am Scheideweg

Alexander Häusler

Die Alternative für Deutschland (AfD) kann hinsichtlich ihrer politischen Positionierungen als eine Partei rechts der CDU/CSU und der FDP stehend eingeordnet werden, die sowohl nationalliberale und nationalkonservative wie zudem auch neurechte und rechtspopulistische Tendenzen aufweist. Feststellbar ist, dass seit der Entmachtung des früheren Parteiführers Bernd Lucke die rechtspopulistische Prägung der AfD unter ihrer neuen Vorsitzenden Frauke Petry deutlich zugenommen hat. Mit der Hinwendung von Teilen der Partei zu den PEGIDA-Protesten sowie zu den rechten Kampagnen gegen Flüchtlinge bietet sich die AfD zudem als parteipolitisches Dach für einen rechten Kulturkampf an.¹

Die AfD und Deutschlands rechtspopulistische Lücke

In vielerlei Hinsicht weisen die Wahlkampfthemen der AfD Übereinstimmungen mit den Themensetzungen des europäischen Rechtspopulismus auf: Die EU, die Einwanderung, die Muslime, die angeblich vorherrschende linke „politische Korrektheit“ und

die Pluralisierung sexueller und kultureller Lebensformen. In vielen europäischen Ländern dienen diese Themen zur Mobilisierung durch Kampagnen und stellen einen breitenwirksamen Anknüpfungspunkt für nationalistische und rassistische Politikansätze dar. So zeigte die von der Schweizerischen Volkspartei im Februar 2014 erfolgreich durchgeführte Volksinitiative gegen Masseneinwanderung die Wirkungsmächtigkeit rassistisch grundierter Kampagnen gegen Einwanderer. Doch in Deutschland ist es Parteien vom rechten Rand bislang nicht gelungen, diese Themen in Wahlerfolge umzumünzen. Trotz hoher Zustimmungsraten in Umfragen zu nationalistischen, fremdenfeindlichen und autoritaristischen Einstellungen² scheuen sich breitere Bevölkerungskreise, einer Partei vom rechten Rand ihre Stimme zu geben. Aufgrund der NS-Geschichte besteht in diesen ressentimentgeladenen Milieus in den bürgerlichen Mittelschichten eine weit verbreitete Scheu davor, offen mit Rechtsextremismus in Verbindung gebracht zu werden. Die erfolgreiche populistische Rechte in unseren Nachbarländern sucht daher nach einem neuen politischen Akteur in Deutschland.

- 1 Die vorliegende Analyse bietet eine Bestandsaufnahme und einen Einblick in die politische Ausrichtung und Entwicklung der AfD. Der Text komprimiert frühere Studien des Autors (siehe Literaturempfehlungen im Anhang).
- 2 Vgl. dazu die seit 2006 im Zweijahresrhythmus von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen „Mitte-Studien“ zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland.

Die AfD betrat im Frühjahr 2013 die parteipolitische Bühne in Deutschland und verfehlte nur einige Monate später bei der Bundestagswahl knapp den Einzug in den deutschen Bundestag. Bislang stellt ihr Werdegang eine politische Erfolgsgeschichte dar: Noch nie in der deutschen Nachkriegsgeschichte hat eine Partei so kurz nach ihrer Gründung so viele Wahlen erfolgreich bestreiten können wie die AfD. So schaffte sie im Mai 2014 bei den Europawahlen mit über sieben Prozent den Einzug in das Europaparlament. Dieser Wahlerfolg gab ihr den nötigen Schub für ein erfolgreiches Abschneiden bei den kurz danach stattgefundenen Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Obwohl die AfD sich als besondere Partei mit völlig neuen Inhalten inszeniert, stellt sie unter inhaltlichen Gesichtspunkten das genaue Gegenteil dar. Denn trotz ihrer populistischen Polemik gegen die „Altparteien“ offenbart sich die AfD als rückwärtsgewandte Partei. D-Mark-Nostalgie und Rückgriffe auf die Zeiten einer „geistig-moralischen Wende“ werden dort angereichert mit rechten und emanzipationsfeindlichen Parolen gegen homosexuelle Gleichstellung, Gender-Mainstreaming, Doppelpass und Multikulturalismus. Damit einher geht ein populistischer Alarmismus, der den Verlust „nationaler Identität“ und das Schwinden „nationaler Interessen“ durch eine angeblich „volksfeindliche Politik“ der „Altparteien“ beschwört.

Dieser Erfolg ist allerdings nicht durch besondere programmatische Finessen und organisatorische Fähigkeiten zu erklären – im Gegenteil: Trotz der Tatsache, dass die AfD bislang schon Wahlen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene bestritten hat, ist der innerparteiliche Zustand der AfD chaotisch und geprägt von massiven Querelen und Richtungskämpfen. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass der Grund für ihren Zuspruch bei einem Teil der deutschen Wählerschaft eher als Ausdruck einer Unzufriedenheit mit bestimmten politischen Entwicklungen zu deuten ist, die in der AfD ein Ventil zur Artikulation gefunden hat.

Die AfD-Gründung vollzog sich im Kontext einer günstigen politischen Gelegenheit zur Herausbildung einer neuen politischen Partei rechts von Union und FDP: der Eurokrise und der Sarrazin-Debatte. Noch vor der AfD-Gründung wurde in Umfragen von Meinungsforschungsinstituten das parteipolitische Wahlpotenzial für politische Themenbesetzungen auf diesen Feldern deutlich. Hierbei hat das Merkel'sche Credo von der angeblichen Alternativlosigkeit einer sowohl neoliberal grundierten wie zugleich staatsinterventionistisch ausgerichteten Austeritätspolitik in der Eurokrise entscheidende Bedeutung gehabt. Die AfD hat hier die günstige Gelegenheit zur Neuformierung eines eurokritischen rechten Blocks erkannt und sich mit einer geschickt gewählten Namensgebung ein Alleinstellungsmerkmal in der öffentlichen Wahrnehmung geschaffen. Zudem hat sie mit dem Hamburger Volkswirtschaftsprofessor Bernd Lucke eine Führungsperson präsentiert, die der Partei die Aura von wirtschaftspolitischem Sachverstand verleihen konnte und ihr schon in der Gründungsphase eine ungewöhnlich hohe mediale Präsenz zuteil werden ließ.

Keine bloße Ein-Thema-Partei

Entgegen der allgemeinen Wahrnehmung ist die AfD keine bloße Ein-Thema-Partei, die sich nur in der Eurofrage von anderen Parteien zu unterscheiden versucht. Aus Sicht ihrer Wählerschaft kann sie genauso als Anti-Zuwanderungs-Partei angesehen werden, wie zum Beispiel die Wahlanalysen von Infratest Dimap zur Europawahl 2014 zeigen: Demnach erklärten 40 Prozent der AfD-Wähler, der wichtigste Punkt für ihre Wahlentscheidung sei das Zuwanderungsthema gewesen.³ Die AfD war also schon von Beginn an mehr als eine bloße Anti-Euro-Partei: Neben Angehörigen des wirtschaftlichen Establishments bot die Partei schon seit ihrer Gründung auch politisch heimatlos gewordenen Nationalkonservativen sowie neurechten Kräften und früheren Aktivisten rechtspopulistischer Kleinstparteien ein neues parteipolitisches Dach. Zur politischen Strömung der

3 Infratest dimap Wahlanalyse zur Europawahl 2014, <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/wahlreport-europa/2014/>, abgerufen am 2.3.2015.

sogenannten Neuen Rechten bestehen enge Verbindungen über die neurechte Wochenzeitung *Junge Freiheit* (JF), welche die AfD von Beginn an publizistisch unterstützt und sich mittlerweile zu einer Art informeller Parteizeitung entwickelt hat.

Auf dem Gründungsparteitag der AfD am 14. April 2013 hielt deren Sprecher Konrad Adam eine Rede, in der er zum Populismus Stellung bezog: „Wenn unsere Volksvertreter ihre Aufgabe darin sehen, das Volk zu entmündigen, sollten wir selbstbewusst genug sein, den Vorwurf des Populismus als Auszeichnung zu betrachten“, erklärte er unter großem Zuspruch seiner Zuhörerschaft.⁴ Zwar versucht die Partei in öffentlichen Stellungnahmen, sich vom Rechts-Extremismus abzugrenzen und wehrt sich zugleich gegen eine Zuordnung zum Rechtspopulismus. Hinsichtlich ihres Mitgliederspektrums dient die AfD jedoch neben ihrem Zulauf von ehemaligen CDU- und FDP-Anhängern zugleich als neues Auffangbecken für den äußeren rechten Rand. Ihre Verortung rechts der CDU entspricht der Selbsteinschätzung eines Großteils ihrer Mitglieder sowie ihres Führungspersonals. So bezog der AfD-Spitzenkandidat zur Europawahl, Hans-Olaf Henkel, in seiner politischen Aschermittwochsansprache im niederbayerischen Osterhofen Stellung zum Vorwurf der Rechtslastigkeit seiner Partei. Die *Junge Freiheit* zitiert ihn dabei wie folgt:

„Nach Ansicht von Henkel sei ‚nichts falsch daran‘, rechts zu sein: ‚Der Kampf gegen Rechts ist eine Unverschämtheit.‘ Rechts dürfe nicht mit rechtsextrem verwechselt werden. ‚Die politische Landschaft ist nach links gerückt, deswegen stehen wir rechts. Aber wir stehen richtig.‘“⁵

Der AfD-Populismus

Der Populismus der Partei kommt in einer typischen Anti-Establishment-Attitüde zum Ausdruck, mit der sich die AfD bewusst als politische Außenseiterin inszeniert, die angeblich völlig anders sei als die so-

genannten „Altparteien“. Zugleich stellt sich die Partei als antipolitische Kraft von Leuten mit „Sachverstand“ dar, die sich gegen die „Kaste“ von „Berufspolitikern“ wendet, die allesamt nur ihre eigenen Interessen verfolgen würden. Sinnbild für diese populistische Attitüde ist die Identifikationsparole der AfD „Mut zur Wahrheit“. In welcher Form diese Parole als Metapher zur Artikulation politischer Selbstinszenierung wie zugleich als Feindbildsetzung dienlich ist, zeigt ein Blick auf die Homepage der AfD. Dort lautet es zur Erläuterung dieser Parole:

„Mut zur Wahrheit... das war der Wahlslogan der AfD zur Bundestagswahl 2013.“

Und Mut zur Wahrheit ist nötiger denn je, denn wir haben es zu tun mit: einer Politikerkaste, die dem Volk systematisch wesentliche Probleme unserer Zeit verschweigt, Medien, die sich den Politikern soweit angenähert haben, dass ihnen jede kritische Distanz abhanden gekommen ist sowie den Wächtern der ‚Political Correctness‘, die mittels Tabuisierung ganzer Themenfelder Denkverbote mitten in unseren Gehirnen einrichten möchten.“⁶

Demnach steht der gepriesene „Mut zur Wahrheit“ zugleich als Chiffre zur Mobilisierung von Unzufriedenheit und Ressentiments gegenüber politischen Entwicklungs- und Veränderungsprozessen, die inhaltlich deutlich anschlussfähig sind an jene Verlautbarungen, welche die *Bild*-Zeitung ihrer Leserschaft im Kontext der Sarrazin-Debatte aus dessen Werk „Deutschland schafft sich ab“ in kompatible Thesen übersetzt hatte. Mit diesem Angebot als politisches Ventil für eine allgemeine Politikverdrossenheit und angestaute „Wut“ auf demokratische Entscheidungsprozesse bedient die AfD zugleich in rechtspopulistischer Manier ein quantitativ wachsendes Milieu, das hinsichtlich seiner politisch-emotionalen Affekte mit dem Begriff Wutbürgertum eine adäquate Beschreibung erfährt. Eine politische Selbstverortung in der Mitte der Gesellschaft und die Anpreisung gesellschaftlicher Tugenden wie Ordnungssinn, Gesetzestreue und nationalem Pflichtbewusst-

4 Adam, Konrad: Rede im Wortlaut. <http://afd-opf.de/konrad-adam-auf-dem-gruendungsparteitag-in-berlin/>, abgerufen am 5.8.2013.

5 Brückner, Thorsten: „Crazy-Horst“ und das „Pin-up Girl für enttäuschte Konservative“, in: *Junge Freiheit* v. 5.3.2014.

6 <http://www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/mut-zur-wahrheit/>, abgerufen am 12.11.2014.

sein paaren sich dort mit Wohlstandschauvinismus sowie fremdenfeindlichen Ressentiments und kulminieren in einem konformistischen Aufbegehren gegenüber gesellschaftlichen Pluralisierungs- und Emanzipationsprozessen, welche als fundamental bedrohlicher Angriff auf die eigenen, als „nationale Identität“ verkörpert kollektiven Ordnungsmuster identifiziert werden. Damit reiht sich die AfD in das rechte europaskeptische Parteienspektrum ein, welches trotz politischer Unterschiede das gemeinsame Bestreben zur Nationalisierung des Politischen sowie offen zuwanderungsfeindliche Positionierungen aufweist. Das Spektrum der europaskeptischen Rechten ist breit: Es reicht von offen rassistischen und neofaschistischen bis hin zu nationalliberalen und nationalkonservativen Positionen. Diese Ansichten werden von ihren Vertretern meist in einem rechtspopulistischen Stil vertreten: einer Selbststilisierung als „Anwälte des Volkes“, die die „nationalen Interessen“ vertreten, welche von den „Alt-Parteien“ im Zuge transnationaler Politik in Europa „verraten“ würden. Solche Ausrichtungen zeigen sich auch bei der AfD, die mit nationalistisch grundierten Parolen gegen die Euro- und transnationale Europapolitik sowie gegen Zuwanderung und „Sozialtourismus“ ihren Wahlkampf zur Europawahl 2014 bestritten hat. Die AfD steht damit in einem Zusammenhang mit dem Aufkommen neuer rechter Parteien, die im Zuge der Erosion wohlfahrtsstaatlicher Politik in Europa durch den Abbau von sozialen Standards und infolge von Standortkonkurrenz zunehmend marktradikale und wohlstandschauvinistische Positionen vertreten und diese mit (Standort-)Nationalismus verknüpfen. Im krisengeschüttelten Europa kommt es somit zu einem Erstarken des rechten Randes, indem bewusst Ängste vor Statusverlust und politischer Unübersichtlichkeit genutzt werden, um nationalistische Politikangebote zu machen.

Die populistische Rechte hat sich in vielen europäischen Ländern neoliberalen Politikvorstellungen angenähert und diese mit nationalistischen Vorstellungen vermischt. Im Kontext der Wirtschaftskrise und der kurzfristig aufgekommenen Skepsis gegenüber der neoliberalen Doktrin staatlichen und sozial-

politischen Deregulierungszwangs reicherten rechtspopulistische Parteien ihre politische Agenda mit nationalistischem Sozialpopulismus an: „Unser Geld für unsre Leut“ – dieser von der rechtspopulistischen *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) kreierte Slogan kann als stilprägend für den rechten Wohlstandschauvinismus gelten. „Keine fremden Schulden auf Deutschlands Bürger abwälzen“⁷, so klang es im Bundestagswahlkampf 2013 auf Plakaten der AfD. Damit changiert die Partei zwischen elitärem Wirtschaftsliberalismus und einem gegen EU und Zuwanderung gerichteten Sozialpopulismus.

Das AfD-Wählerpotenzial

Wie bereits beschrieben, lag die günstige Ausgangslage für die AfD in der Eurokrise und in dem Diktum von Bundeskanzlerin Merkel, die Euro-Rettungspolitik sei alternativlos. Schon vor ihrer formalen Gründung erfreute sich die im Frühjahr 2013 frisch aus der Taufe gehobene AfD daher besonderer Aufmerksamkeit. So fasste die Zeitschrift *Focus* die Ergebnisse einer von ihr bei Emnid in Auftrag gegebenen Umfrage wie folgt zusammen: „In Deutschland kann sich jeder Vierte vorstellen, bei der Bundestagswahl eine Partei zu wählen, die sich für einen Austritt aus dem Euro stark macht.“ Emnid-Chef Klaus Peter Schöppner kommentierte das Ergebnis mit den Worten: „Bei den 26 Prozent handelt es sich um einen relativ hohen Wert. Dies deutet darauf hin, dass es hier möglicherweise Potenzial für eine neue Protestpartei gibt.“⁸ Mit ihrem Parteisprecher Bernd Lucke erzielte die neue Partei von Anfang an eine weit überdurchschnittliche mediale Aufmerksamkeit, die in starkem Kontrast steht zu der von ihr kolportierten These, es herrsche eine „Schweigespирale“ in den Medien in Bezug auf das Euro-Thema. Doch trotz der Dominanz des Eurothemas bediente die AfD von Beginn an unter ihrem Slogan „Mut zur Wahrheit“ zugleich eine „Nationalisierung des Politischen“ in innen- wie in außenpolitischen Belangen.

Bei der Bundestagswahl 2013 erreichte die AfD 4,7 Prozent der Wählerstimmen. Damit verfehlte sie nur knapp ihr Ziel, die 5-Prozent-Hürde zu über-

7 Plakatmotive einsehbar unter: <http://eurokritiker.com/2013/07/23/ein-alternatives-plakat/>, abgerufen am 2.2.2014.

8 Wählerpotenzial für deutsche Anti-Euro-Partei, in: Die Welt online v. 10.3.2013, unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article114301881/Waehlerpotenzial-fuer-deutsche-Anti-Euro-Partei.html>, abgerufen am 12.11.2014.

springen. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war es zuvor noch keiner anderen Partei gelungen, innerhalb weniger Monate nach der Gründung bei einer Bundestagswahl einen solchen Achtungserfolg zu erzielen. Interessanterweise erzielte die Partei den deutlich höchsten Wählerzuspruch nicht in ihren ursprünglichen Wirkungskreisen in Hamburg, Niedersachsen und Hessen, sondern in den ostdeutschen Bundesländern.

Die meisten Wähler gewann die AfD von der FDP – laut *Infratest dimap* rund 430.000 Stimmen.⁹ 340.000 kamen demnach von der Partei Die Linke, 290.000 von CDU und CSU, 180.000 von der SPD und 90.000 von den Grünen. 210.000 Wähler hatten zuvor nicht gewählt. Zwischen diesen rund 1,54 Millionen Wählern und den knapp 2,06 Millionen Zweitstimmen, die die AfD auf sich vereinigen konnte, klafft eine Lücke von rund einer halben Million. Sie kamen laut *Infratest dimap* vor allem aus dem Bereich der Erstwähler (100.000) und von früheren Wählern von Kleinparteien (410.000); hinzu kommen 10.000 aus dem Ausland Zugezogene. Bei den 430.000 früheren FDP-Wählern, die für die AfD votierten, dürfte es sich laut Vorwahlumfragen vor allem um Bürger gehandelt haben, die sich zuvor am rechten Flügel der FDP orientiert hatten.

„Überproportional viele“ AfD-Anhänger „kommen vom rechten Flügel der FDP“, wurde der Leiter des Meinungsforschungsinstituts *Forsa*, Manfred Güllner, in der Woche vor der Wahl zitiert. Güllner konstatierte darüber hinaus signifikante Übereinstimmungen zwischen der AfD-Anhängerschaft und dem Milieu der „Schönhuber-Republikaner in den 90er Jahren“.¹⁰

Ihre besten Ergebnisse erzielte die AfD in den ostdeutschen Bundesländern. In Sachsen erreichte sie mit 6,8 Prozent ihr stärkstes Resultat; darauf folgten Thüringen (6,2 Prozent) und Brandenburg (6,0 Pro-

zent). 5,6 Prozent erzielte die AfD in Mecklenburg-Vorpommern und in Hessen, ihrem stärksten westdeutschen Bundesland. Unter vier Prozent blieb die Partei nur in Nordrhein-Westfalen (3,9 Prozent), Niedersachsen (3,7 Prozent) und Bremen (3,7 Prozent). Die Spitzenergebnisse wurden in Bundesländern erzielt, in denen die Partei stärker als im Westen mit dem Thema Einwanderung geworben hat: Slogans wie „Einwanderung ja. Aber nicht in unsere Sozialsysteme!“ kamen dort auf Plakaten besonders häufig zum Einsatz. Die Tatsache, dass die NPD ebenfalls mit dem Thema Einwanderung in vielen ostdeutschen Bundesländern zwischen zwei und drei Prozent an Wählerzustimmung erreichen konnte, verweist auf die Unterschiedlichkeit der Wählermilieus beider Parteien. Anders hingegen verhält es sich mit den „Republikanern“, die augenscheinlich ihr Wählerpotenzial an die AfD verloren haben. Nach Peter Matuschek, *Forsa*-Bereichsleiter für Politik und Sozialforschung, sei der „typische“ AfD-Wähler „selbstständig, männlich, mit eher überdurchschnittlichem sozialen Status und Einkommen“ ausgestattet: ein „Vertreter der gehobenen Mittelschicht“, der sich „zwischen unten und oben zerrieben fühlt“.¹¹ Zu einem anderen Resultat kommt Richard Hilmer, Geschäftsführer von *Infratest dimap*, dem zufolge die AfD-Wähler „aus allen Richtungen“ kämen; die stärkste Zustimmung erhalte die „Professorenpartei“ tatsächlich unter Arbeiterinnen und Arbeitern.¹² Gesichert scheint hingegen zu sein, dass die AfD vorwiegend von jüngeren Menschen gewählt wurde; bei Seniorinnen und Senioren brachte sie es nur auf drei Prozent. Männer votierten zu einem größeren Anteil für sie als Frauen. Entsprechend hatte die AfD ihre stärkste Wählergruppe bei Männern bis zu 45 Jahren.¹³

Trotz einer – verglichen mit der Bundestagswahl – deutlich niedrigeren Wahlbeteiligung gewann die AfD bei der Europawahl am 25. Mai 2014 noch einmal rund 8.000 Stimmen hinzu. 2.065.162 Bürger

9 Analysen Wählerwanderung,

<http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-BT-DE/analyse-wanderung.shtml>, abgerufen am 2.10.2013.

10 Günther Lachmann: AfD-Anhänger aus dem Milieu der Schönhuber-Wähler, 18.9.2013.

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article120160405/AfD-Anhaenger-aus-dem-Milieu-der-Schoenhuber-Waehler.html>, abgerufen am 2.10.2013.

11 Wer hat die Alternative für Deutschland gewählt? 23.9.2013. <http://www.euractiv.de/wahlen-und-macht/artikel/werhat-die-alternative-fuer-deutschland-gewaehlt-008043>, abgerufen am 2.10.2013.

12 Ebd.

13 Wer wählte was warum? <http://www.tagesschau.de/wahl/wahlanalyse124.html>, abgerufen am 2.10.2013.

votierten bundesweit für die Partei.¹⁴ Das entsprach einem Anteil von 7,0 Prozent. Einer von der *Forschungsgruppe Wahlen* vorgelegten Analyse¹⁵ zufolge unterschieden sich AfD-Wähler vor allem in zwei politischen Themenbereichen vom Rest der Wählerschaft: Von den AfD-Wählern würden 47 Prozent (alle: 15 Prozent) die EU-Mitgliedschaft negativ sehen sowie 57 Prozent (alle: 35 Prozent) im Euro Nachteile erkennen; „weit überproportional viele“ sähen zudem im Bereich ‚Ausländer und Zuwanderung‘ ein großes Problem. 60 Prozent hätten die AfD vor allem wegen der Inhalte gewählt, 39 Prozent sprachen der Analyse der *Forschungsgruppe Wahlen* zufolge von einem „Denkzettel“. Wie bei der Bundestagswahl schnitt die AfD bei Männern stärker als bei Frauen ab (neun bzw. fünf Prozent). Zwischen Berufstätigen und Arbeitslosen (acht bzw. neun Prozent) gab es kaum, zwischen den Altersgruppen nur geringe Unterschiede.

AfD und PEGIDA

Vor dem Hintergrund eines internationalen gewalttätigen Islamismus erweist sich das Feindbild Islam als anschlussfähig für breitenwirksame rechte Kampagnen. Auf der Straße offenbarte sich dies erstmals bei der Demonstration von rechten Hooligans, die im Oktober 2014 in Köln unter dem Slogan „Hooligans gegen Salafisten“ (HOGESA) an die fünftausend Teilnehmer mobilisieren konnten. Die Anschlussfähigkeit solcher Mobilisierungsthemen reicht vom rechten Rand bis hinein in bürgerliche Schichten. Besonders deutlich wurde dies bei den wöchentlichen Demonstrationen in Dresden, die Anfang des Jahres 2015 ihren Höhepunkt erreichten. Die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ – kurz PEGIDA – vereinnahmten die Tradition der demokratischen Montagsdemonstrationen in der Endphase der DDR, um gegen eine angebliche „Islamisierung“ der Gesellschaft zu mobilisieren. Anhand der dort formulierten Forderungen wurde allerdings schnell klar, dass es den Akteuren

um mehr ging, als lediglich um dieses Thema. Benannt wurden in einem Positionspapier u. a. „Null-Toleranz-Politik gegenüber straffällig gewordenen Asylbewerbern und Migranten“ sowie ein Eintreten gegen „dieses wahnwitzige ‚Gender Mainstreaming‘“ und der „Schutz unserer christlich-jüdisch geprägten Abendlandkultur“.¹⁶ Was darunter verstanden werden soll, illustrierte der PEGIDA-Sprecher Lutz Bachmann in einem Interview mit der *Jungen Freiheit* an folgendem Beispiel: „Die Islamisierung unseres öffentlichen Raumes, wenn etwa aus Rücksicht auf den Islam aus Weihnachtsmärkten ‚Wintermärkte‘ werden.“¹⁷

Die Teilnahme von zehntausend Menschen an Protestmärschen mit derartigen Forderungen ist Ausdruck der Entwurzelung eines rechtsgerichteten politischen Milieus in der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft, das sich nicht mehr politisch repräsentiert sieht. Die dort artikulierten Forderungen sind in vielen Fragen deckungsgleich mit Positionen der AfD, deren äußerst rechter Flügel frühzeitig zur Unterstützung von PEGIDA mobilisierte. In einer Stellungnahme der „Patriotischen Plattform“ wurde die Gesamtpartei dazu aufgefordert, „die Kernforderung von PEGIDA zu übernehmen und sich in aller Deutlichkeit gegen die Islamisierung des Abendlandes auszusprechen.“ Diese Forderung wurde in dem Schreiben mit der Aufforderung verknüpft, „gegen die Wahnvorstellung einer multikulturellen Gesellschaft“ einzutreten.¹⁸

In einem Interview mit einem Videoportal der *Jungen Freiheit* erklärte Frauke Petry ihre Zustimmung zu Forderungen von PEGIDA und betonte in diesem Kontext die Bedeutung nationaler Identitätsfragen. Laut Petry artikulierten die Demonstranten „die große Sorge, die man im Osten vielleicht auch eher findet als im Westen, dass wir mit unserer eigenen Identität offensichtlich Probleme haben und gar nicht mehr wagen, drüber zu sprechen, wie es ist, als Deutscher in Deutschland zu leben und wie man

14 http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_14/ergebnisse/bundesergebnisse, abgerufen am 29.5.2014.

15 <http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Europawahl/>, abgerufen am 31.5.2014.

16 Positionspapier der PEGIDA v. 10.12.2014, unter: <http://pegida.de/2014/12/positionspapier-der-pegida/>, abgerufen am 11.12.2014.

17 Bachmann, Lutz: „Wir haben einen Nerv getroffen“, in: *Junge Freiheit* v. 12.12.2015.

18 Stellungnahme der „Patriotischen Plattform“: AfD muß sich gegen Islamisierung des Abendlandes aussprechen!

9. Dezember 2014, unter: <http://patriotische-plattform.de/blog/2014/12/09/stellungnahme-der-patriotischen-plattform-afd-muss-sich-gegen-islamisierung-des-abendlandes-aussprechen/>, abgerufen am 10.12.2014.

dieses Land selbst gestalten möchte.“¹⁹ Auch Alexander Gauland bekundete: „Wir sind die ganz natürlichen Verbündeten dieser Bewegung.“²⁰ Ebenso äußerte Parteisprecher Lucke, dass viele Forderungen des PEGIDA-Bündnisses „von der AfD geteilt“²¹ würden. Kurzum: Trotz bestehender Skrupel von Teilen der Parteiführung, mit dem rechtsradikalen Anhang dieser Proteste in Verbindung gebracht zu werden, bietet sich die AfD ihnen als eine Art parteipolitische Dach an und sorgt damit zugleich für deren parteipolitische Verankerung. Innerhalb der Partei sind zudem deutliche Schnittmengen zu den PEGIDA-Organisationsstrukturen und deren Ablegern zu erkennen. So gehörte mit Achim Exner auch ein Dresdener AfD-Mitglied zum sogenannten Orga-Team von PEGIDA.²² In Leipzig traten die AfD-Mitglieder Felix Koschkar und Hans-Thomas Tillschneider im Zusammenhang mit dem PEGIDA-Ableger LEGIDA in Erscheinung. Koschkar gilt laut einem Bericht der *Zeit* „als wichtiger Vertreter der extrem rechten und islamfeindlichen Gruppierung der ‚Identitären‘“.²³ Gemeinsam mit Tillschneider ist Koschkar zudem aktiv in der AfD-Rechtsaußenformation „Patriotische Plattform“. Laut *Zeit*-Bericht sieht sich Tillschneider als Berater der LEGIDA-Organisatoren. Auch bei weiteren Ablegern von PEGIDA in anderen Städten traten AfD-Mitglieder durch Unterstützung der Proteste öffentlich in Erscheinung. So wurde in Düsseldorf der erste DÜGIDA-Aufmarsch von dem lokalen AfD-Aktivisten Alexander Heumann mit organisiert, welcher zugleich Initiator der „Patriotischen Plattform“ der

NRW-AfD ist.²⁴ Er trat zudem öffentlich als Redner bei dem von rechten Hooligans veranstalteten HOGESA-Aufmarsch auf.²⁵ Öffentliche Sympathie für HOGESA bekundete auch das frühere Hamburger AfD-Mitglied Tatjana Festerling. Nach parteiinternen Konflikten um ihre Teilnahme an dem Hooligan-Aufmarsch im Oktober 2014 in Köln trat sie aus der AfD aus und in das Organisationsteam von PEGIDA ein. Von PEGIDA wurde sie zur Kandidatin der Wahlen für das Amt des Oberbürgermeisters in Dresden erkoren.²⁶ In Kassel war es das später aus der Partei ausgetretene AfD-Mitglied Michael Viehmann, das als KAGIDA-Organisator auftrat und wegen diskriminierender Äußerungen auf Facebook einen Strafbefehl wegen Volksverhetzung erhielt.²⁷ Ebenfalls als Redner bei KAGIDA trat der Sprecher des AfD-Kreisverbands Kassel Stadt, Manfred Mattis, auf.²⁸ Bei dem Berliner PEGIDA-Ableger BÄRGIDA trat laut Recherchen des Antifaschistischen Pressearchivs *apabiz* das AfD-Mitglied Heribert Eisenhardt als Pressesprecher in Erscheinung. Eisenhardt soll laut diesem Bericht auf den Protestmärschen auch für den rassistischen Internetblog *politically incorrect* geworben sowie für diesen Blog auch als Autor geschrieben haben.²⁹

Diese Beispiele stellen nur einen kleinen Ausschnitt aus einer Vielzahl von Initiativen aus AfD-Kreisen für PEGIDA und ähnlich gelagerte Proteste gegen Muslime, gegen die Unterbringung von Asylsuchenden sowie gegen Einwanderer allgemein dar. In vielen Kreis- und Bezirksverbänden der AfD wird eine

19 Petry, Frauke, Interview in JF-TV Dokumentation über PEGIDA, Dresden, 8. Dez. 2014, online unter: <https://www.youtube.com/user/jungefreiheitverlag>, abgerufen am 12.12.2014.

20 Bielicki, Jan: AfD-Spitze stellt sich hinter „Pegida“, SZ online vom 09.12.2014, online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/reaktionen-auf-demos-afd-spitze-stellt-sich-hinter-pegida-1.2259371>, abgerufen am 12.12.2014.

21 Lucke, Bernd: „Die AfD teilt viele Pegida-Forderungen“, in Handelsblatt online v. 11.12.2014, online unter: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bernd-lucke-die-afd-teilt-viele-pegida-forderungen/11107094.html>, abgerufen am 12.12.2014.

22 Meisner, Matthias: Die Achse der Rechtspopulisten. Wie AfD und Pegida paktieren, 28.1.2015, <http://www.tagesspiegel.de/politik/die-achse-der-rechtspopulisten-wie-afd-und-pegida-paktieren/11295584.html>, abgerufen am 7.5.2015.

23 Pegida-Bewegung von AfD mitorganisiert, in: Die Zeit, 16.12.2014, <http://www.presseportal.de/pm/9377/2907747/pegida-bewegung-von-afd-mitorganisiert>, abgerufen am 5.5.2015. Zu den „Identitären“ vgl.: Hafener, Benno: „Die Identitären“ – vorübergehendes Phänomen oder neue Bewegung?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Expertisen für Demokratie Nr. 1/2014, <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10649.pdf>.

24 Heumann, Alexander: Patriotische Plattform in der AfD, 24.8.2014, <http://www.heumanns-brille.de/patriotische-plattform-der-afd/>, abgerufen am 2.5.2015.

25 Demo Hannover HoGeSa Rechtsanwalt Alexander Heumann, 15.11.2014, https://www.youtube.com/watch?v=7w8NeGrijf_s, abgerufen am 2.5.2015.

26 Pegida, 3.5.2015, <https://www.facebook.com/pegidaevdresden?ref=bookmarks%2Findex.php>, abgerufen am 4.5.2015

27 Michaelis, Claas: Strafbefehl für Kagida-Chef Michael Viehmann, 21.04.2015, <http://www.hna.de/kassel/strafbefehl-kagida-chef-michael-viehmann-4931593.html>, abgerufen am 29.4.2015.

28 Siefert, Volker: „Kagida“-Initiatoren aus der AfD, 13.12.2014, http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=36086&key=standard_document_53837531, abgerufen am 24.4.2015.

29 Metzger, Frank: Gescheiterte Maskerade – AfD-Funktionär ist Mitorganisator und Pressesprecher bei BärGida, 5.5.2015, <http://www.blog.schattenbericht.de/2015/05/gescheiterte-maskerade-afd-funktionaer-ist-mitorganisator-und-pressesprecher-bei-baergida/>, abgerufen am 7.5.2015.

fremdenfeindliche Haltung in Form von Anträgen und Petitionen sichtbar. So heißt es exemplarisch in einer Petition des AfD-Kreisverbandes Dresden zur Reform des Einwanderungsgesetzes: „Die absurde Praxis einer ‚Willkommenskultur‘, gemäß der der dt. Staat u. die dt. Gesellschaft gleichsam die Pflicht haben, für das umfassende Wohlergehen von Zuwanderern zu sorgen sowie sich deren kulturellen, sprachlichen oder nationalen Besonderheiten anzupassen, ist zu beenden.“³⁰

Aufspaltung und Rechtsruck

Im Zusammenhang mit den Erfolgen bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg erfuhr der nationalkonservativ-neurechte Flügel der AfD einen deutlichen Machtzugewinn. Gleichzeitig stieg die innerparteiliche Unzufriedenheit mit dem Alleinvertretungsanspruch von Bundessprecher Bernd Lucke. Eine Zuspitzung dieser Unzufriedenheit zeigte sich in Reaktionen auf die Forderung von AfD-Bundesvorstandsmitglied Hans-Olaf Henkel Ende 2014 nach Distanz zu PEGIDA: „Wir sollten uns tunlichst von dieser Bewegung fernhalten“, warnte Henkel seine Parteikollegen.³¹ Diese Forderung stieß innerparteilich auf erheblichen Widerstand, ohne dass es jedoch bislang zu einer inhaltlichen Aussprache und Klärung gekommen wäre. Auf dem Bremer Parteitag Ende Januar 2015 wurde das Thema weitestgehend ausgespart. Dafür bekräftigte Lucke dort seinen Anspruch auf alleinige Parteiführung, über die auf dem kommenden Bundesparteitag abgestimmt werden soll. In der Folge kam es statt einer innerparteilichen Aussprache zu einer weiteren Verhärtung der Fronten: So initiierten der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke und der AfD-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, mit der *Erfurter Resolution* einen Appell, mit dem sie für innerparteiliche Unterstützung gegen den Kurs von Lucke und die PEGIDA-Distanzierung von Henkel warben. In der

Resolution wird bemängelt, dass die AfD „Mitglieder verprellt und verstoßen (würde), deren Profil unverzichtbar ist“ und dass die Partei „sich von bürgerlichen Protestbewegungen ferngehalten und in vorausseilendem Gehorsam sogar distanziert (habe), obwohl sich tausende AfD-Mitglieder als Mitdemonstranten oder Sympathisanten an diesen Aufbrüchen beteiligen“.³² Gefordert wird, dass die AfD sich „als Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit usw.)“ sowie „als Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands“ verstehen solle.³³ Während die Initiatoren der Resolution nach eigenen Angaben um die 1.800 Unterzeichner vorweisen können, initiierten die Lucke-Unterstützer in der Partei die sogenannte *Deutschland-Resolution*. Erstunterzeichner dieser Gegenresolution waren aus dem AfD-Führungskreis Bernd Kölmel, Ulrike Trebesius, Hans-Olaf Henkel und Joachim Starbatty. Darin wird den Initiatoren und Unterstützern der *Erfurter Resolution* vorgeworfen, „eine AfD der flachen Parolen und der schrillen Töne“ zu wollen.³⁴ Das Ausmaß gegenseitiger Anfeindungen und die verstärkte Artikulation des (neu-)rechten Flügels führten zu einer steigenden Anzahl von Rücktritten solcher Funktionsträger, die sich selbst als liberal gesinnt einordneten. Mit einem „Weckruf“ versuchte das Lucke-Lager, die wirtschaftsliberalen Anhänger der Partei zu sammeln und gegen den innerparteilichen Rechtsaußen-Flügel in Stellung zu bringen. Jedoch wurde diese Initiative von der Mehrheit der AfD-Mitglieder als parteispaltend wahrgenommen. So unterlag Bernd Lucke seiner Konkurrentin Frauke Petry im Kampf um die Führungsrolle auf dem Essener Parteitag der AfD im Juli 2015 deutlich mit 38 Prozent gegenüber 60 Prozent bei der dort vollzogenen Kampfabstimmung. In der Einführungsrede zum Parteitag erklärte der NRW-Vorsitzende der Partei, Marcus Pretzell, dass

30 Petitionen Neuregelung des Asylrechts und Neuregelung des Einwanderungsrechts vom AfD Kreisverband Dresden, 1.5.2015, <https://www.openpetition.de/petition/online/neuregelung-des-einwanderungsrechts>, abgerufen am 4.5.2015.

31 Eurokritiker: Henkel warnt AfD vor Zusammenarbeit mit Pegida, 19.12.2014, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/henkel-warnt-afd-vor-zusammenarbeit-mit-pegida-a-1009498.html>, abgerufen am 28.04.2015.

32 Erfurter Resolution im März 2015, <http://derfluegel.de/erfurterresolution.pdf>, abgerufen am 29.04.2015.

33 Ebenda.

34 Deutschland-Resolution. So geht's nicht weiter! <http://deutschland-resolution.de/deutschland-resolution/>, abgerufen am 29.04.2015.

die AfD nicht nur das Euro-Thema behandle, sondern ebenfalls eine „Pegida-Partei“ sei.³⁵ Doch nicht bloß inhaltlich, sondern auch personell wurde der politische Rechtsruck offenbar: Die Wahlen von dem Mitinitiator der Erfurter Resolution, André Poggenburg, als Beisitzer in den Bundesvorstand sowie von dem Vertreter der Rechtsaußen-Formation Patriotische Plattform, Alexander Heumann, in das Schiedsgericht der Partei belegen den steigenden Einfluss des rechten AfD-Flügels. Folgerichtig kündigten führende Mitglieder des „Weckrufes“ wie Hans-Olaf Henkel, Joachim Starbatty, Bernd Kölmel und Ulrike Trebesius ihren Austritt aus der AfD an.

Zur formalen organisatorischen Trennung kam es im Juli 2015 in Kassel: Dort vollzog der unterlegene Lucke-Flügel die Gründung der AfD-Abspaltung Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA) und wählte den von seiner früheren Partei entthronten Lucke zu ihrem neuen Vorsitzenden. ALFA ist nun bestrebt, sich links von der AfD zu positionieren und sich als AfD-Abspaltung flächendeckend neu aufzustellen. Damit einher geht die Aburteilung der politischen Ausrichtung der jetzigen AfD. So erklärte Bernd Lucke auf dem Gründungsparteitag von ALFA-Baden-Württemberg, dass die AfD eine Partei geworden sei, „in der Demagogie, Islamfeindlichkeit, Verschwörungstheorien und Antiamerikanismus zum guten Ton gehören“ und die sich „anschickt, den Republikanern, der Freiheit und den Pro-Parteien die Wähler abspenstig zu machen.“³⁶

Bei solchen Äußerungen bleibt außen vor, dass schon zu Luckes Zeit als AfD-Vorsitzender frühere Mitglieder besagter Parteien bei der AfD ein neues Betätigungsfeld gefunden hatten. Ferner versucht ALFA als neue Partei ebenso wie die AfD, mit dem Flüchtlingsthema politisch zu punkten: „Wir können ein Sozialstaat sein oder ein Staat mit offenen Grenzen“, zitierte Lucke hierzu sein wirtschaftspoli-

tisches Vorbild Milton Friedmann. „Aber nicht beides.“ (Ebd.) Ob das Ziel von ALFA, bis Ende des Jahres 2015 in allen Bundesländern einen Landesverband zu gründen und zu den kommenden Landtagswahlen im Frühjahr 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und in Sachsen-Anhalt anzutreten, realisierbar ist, erscheint fraglich.³⁷ Die geringe Personaldecke und ihre bislang geringe öffentliche Wahrnehmung deuten darauf hin, dass die selbst gesetzten Aufgaben für einen flächendeckenden Parteaufbau bis zu den kommenden Landtagswahlen 2016 wahrscheinlich nicht erfüllt werden können.

Hinsichtlich der Abspaltung von ALFA steht die AfD unter ihrer neuen Vorsitzenden Petry sowohl politisch wie auch personell vor neuen Herausforderungen. Ihre Zustimmungsraten erreichte die AfD bislang dadurch, dass sie neoliberale, nationalkonservative und offen neurechte politische Milieus gleichermaßen repräsentieren konnte. Zwar zeigt die Wahl von Jörg Meuthen als Vertreter des Luckenahen Flügels zum Ko-Sprecher von Petry, dass die neue AfD das wirtschaftsliberale Milieu nicht der ALFA überlassen will. Inhaltlich jedoch offenbart der neue AfD-Kurs die inhaltliche Orientierung auf Themen wie Familien- und Asylpolitik mit populistischer Ausrichtung.³⁸ So erklärte Thüringens AfD-Vorsitzender Björn Höcke auf seiner Facebookseite: „Wenn es Europa nicht gelingt, in den nächsten Monaten eine Grenzsicherung nach australischem Vorbild aufzubauen, wird es bald Militäreinsätze im Inland geben – für oder gegen was und wen auch immer.“³⁹ In vergleichbar rechtspopulistischem Duktus begrüßte Brandenburgs AfD-Vorsitzender Gauland die Errichtung von Grenzzäunen durch die rechtsgerichtete ungarische Regierung.⁴⁰ Der Rechtsaußen-Flügel der AfD um die Patriotische Plattform geht noch weiter. Von dort wird die AfD aufgefordert, sich „ohne Abstriche“ den Forderungen von PEGIDA anzuschließen, die Tatjana Festerling auf

35 Rainer Roeser, Pegida-Partei AfD, in: Blick nach rechts v. 6. 7. 2015. <http://www.bnr.de/print/14461> (6. 7. 2015).

36 Bernd Lucke: Rede auf dem Gründungsparteitag von ALFA-Baden-Württemberg v. 24.08.2015, <http://bernd-lucke.de/rede-gruendungs-parteitag-alfa-baden-wuerttemberg/> abgerufen am 25.08.2015.

37 Thomas Kröter: Lucke hält die Alfa-Schotten dicht, in: Kölner Stadtanzeiger v. 25.8.2015, <http://www.ksta.de/politik/neue-partei-be-grenzt-eintritte-lucke-haelt-die-alfa-schotten-dicht,15187246,31591064.html>, abgerufen am 25.08.2015.

38 Inken Behrmann: D-Mark, Familie, Vaterland: Die AfD nach Lucke, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2015, S. 100

39 Björn Höcke, Facebookeintrag v. 27.08.2015, <https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD?fref=nf>, abgerufen am 30.08.2015. (Der Hinweis auf Australiens Flüchtlingspolitik, ist dahingehend zu verstehen, dass die australische Regierung eine äußerst rigide und inhumane Flüchtlingspolitik betreibt – u.a. mit der gefängnisähnlichen Flüchtlingslagern, die auf Pazifikinseln errichtet worden sind.)

40 Abschottung. AfD-Vize lobt Ungarns Grenzzaun, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-afd-vize-gauland-begruesst-ungarns-grenzzaun-a-1048633-druck.html>, abgerufen am 18.08.2015.

der PEGIDA-Demonstration vom 10.8.2015 in Dresden verkündet hatte. Neben Forderungen nach einem sofortigen „Aufnahmestopp für Zuwanderer und Asylanten,“ beinhaltet dies auch die Forderung nach einem „Asyl-Notstandsgesetz“. Auch neue außenpolitische Vorbilder werden dort erkoren. So lautete eine weitere der PEGIDA-Forderungen: „Wir schließen uns der zukünftigen französischen Präsidentin Marine le Pen an und fordern den Austritt aus der EU!“⁴¹ Doch nicht nur inhaltlich, sondern auch personell macht sich der Rechtsruck der AfD bemerkbar. So wurde am 29.08.2015 auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen AfD Martin Renner mit 59,4 Prozent der Stimmen zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. In seiner Bewerbungsrede erklärte er unter starken Applaus der Zuhörerschaft, „Multikulti“ sei nichts anderes als „der veritable Islam“, und der Islam sei „der Gegensatz unserer abendländischen Kultur“. Die AfD stilisierte er als die „letzte Chance für Deutschland, eine geistig-moralische Wende innerhalb der Gesellschaft zu erreichen“.⁴² Auch in der kommunalpolitischen Praxis der AfD offenbaren sich die Ressentiments gegenüber Unterstützung von Flüchtlingen – so etwa in einer Petition des AfD-Kreisverbandes Dresden zur Reform des Einwanderungsgesetzes. Dort wird gefordert, die „absurde Praxis einer ‚Willkommenskultur‘, gemäß der der dt. Staat u. die dt. Gesellschaft gleichsam die Pflicht haben, für das umfassende Wohlergehen von Zuwanderern zu sorgen sowie sich deren kulturellen, sprachlichen oder nationalen Besonderheiten anzupassen“, zu beenden.⁴³

Hinsichtlich der künftigen Entwicklung und der Erfolgsaussichten der AfD herrschen bislang noch Un-

klarheit sowie Uneinheitlichkeit in Forschung und Politik. So drohe die AfD nach Einschätzung von Karl-Rudolf Korte, Claus Leggewie und Marcel Lewandowsky „ihre historische Chance einer erfolgreichen rechten Partei-Neugründung“ zu verspielen.⁴⁴ Thilo Scholle und Stefan Stache sehen durch die Einflussnahmen von Deutschnationalen und Rechtspopulisten auf den aktuellen AfD-Kurs deren „bürgerliche Anschlussfähigkeit und damit ihre eigene Respektabilität im Alltag“ als gefährdet an.⁴⁵ Obwohl diese Einwände richtig sind, kann nicht davon ausgegangen werden, dass die viel zitierte Scheu in bürgerlichen Milieus davor, mit rechtspopulistischen Ressentiments identifiziert zu werden, konjunkturunabhängige Gültigkeit beanspruchen kann. Im Kontext der politischen Dynamik in der aktuellen Flüchtlingsdebatte drohen sich diese politischen Parameter dahingehend zu verschieben, dass fremdenfeindliche Ressentiments und Wohlstandschauvinismus nicht nur auf der Einstellungsebene, sondern auch im Zusammenkommen unterschiedlicher politischer und sozialer „Protest“-Milieus auf der Straße zum Ausdruck kommen.

Es deuten aktuell einige Entwicklungen auf ein frühes Scheitern der AfD-Abspaltung ALFA, darunter ihre dürftige Personaldecke sowie der aktuelle Trend zur erneuten politischen Verfestigung der FDP. Zudem existiert aktuell in Deutschland mehr Wählerpotenzial für eine rechtspopulistische Partei als für eine neue wirtschaftsliberal-konservative Partei. Mit ihrer offenkundigen Hinwendung zu einem einwanderungsfeindlichen Rechtspopulismus könnte es der AfD gelingen, dieses aktuell wachsende Potenzial parteipolitisch zu bündeln.

41 Patriotische Plattform: FÜR EINE GRUNDSÄTZLICHE WENDE IN DER ASYLPOLITIK – FÜR DIE FORDERUNGEN VON PEGIDA!, <http://patriotische-plattform.de/blog/2015/08/21/fuer-eine-grundsuetzliche-wende-in-der-asylpolitik-fuer-die-forderungen-von-pegida/> abgerufen am 21.08.2015.

42 Nina Magoley: AfD Landesparteitag: „Wir wollen nicht nur die ‚netten Nazis‘ sein“, in: wdr-online v. 31.08.2015, <http://www1.wdr.de/themen/aktuell/afd-landesparteitag-104.html>, abgerufen am 31.08.2015.

43 Petitionen Neuregelung des Asylrechts und Neuregelung des Einwanderungsrechts vom AfD Kreisverband Dresden, 1. 5. 2015, <https://www.openpetition.de/petition/online/neuregelung-des-einwanderungsrechts>, abgerufen am 4. 5. 2015.

44 Karl-Rudolf Korte, Claus Leggewie, Marcel Lewandowsky: Partei am Scheideweg: Die Alternative der AfD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2015, S. 63.

45 Thilo Scholle, Stefan Stache: Aufstieg der neuen Rechten?, in: spw-Zeitung für sozialistische Politik und Wirtschaft 3/2015, S. 16.

Weiterführende Literatur:

- Bebnowski, David/Förster, Lisa Julika (2014): Wettbewerbspopulismus. Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen, Kurzfassung, online unter: https://www.otto-brenner-stiftung.de/.../2014_03_31_AfD_Papier.pdf
- Häusler, Alexander/Roeser, Rainer (2015): Die rechten „Mut“-Bürger. Entstehung, Entwicklung & Positionen der Alternative für Deutschland., Hamburg
- Häusler, Alexander (Hrsg.) (2015): Die „Alternative für Deutschland“. Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden (im Erscheinen)
- Kemper, Andreas (2013): Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V., Münster
- Korsch, Felix (2014): Nationalkonservativ und marktradikal. Eine politische Einordnung der „Alternative für Deutschland“, herausgegeben von der Rosa Luxemburg Stiftung, online unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls.../Analysen_National-konservativ.pdf
- Niedermayer, Oskar (Hrsg.) (2013): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Der Autor

Alexander Häusler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus der Hochschule Düsseldorf.

Das Projekt **„Gegen Rechtsextremismus“** im Forum Berlin/Abteilung Politischer Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet kontinuierlich Veranstaltungen, Publikationen und Seminare zu aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und zu effektiven Gegenstrategien an.

Die Publikationsreihe **„Impulse gegen Rechtsextremismus“** dokumentiert wichtige Ergebnisse unserer Veranstaltungen. Sie wird ergänzt durch die Publikationsreihe **„Expertisen für Demokratie“**, die ausgewählte Analysen und Fachbeiträge zu aktuellen Fragestellungen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bietet.

Wenn Sie bis jetzt noch nicht in unserem Verteiler sind und zukünftige Ausgaben der „Expertisen für Demokratie gegen Rechtsextremismus“ erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail mit Ihren Kontaktdaten an:

forum.rex@fes.de.

Mehr Informationen zur Arbeit der FES für Demokratie und gegen Rechtsextremismus finden Sie unter:

www.fes-gegen-rechtsextremismus.de.